

# berlin-report

informationen der schleswig-holsteinischen bundestagsabgeordneten

Juni 2013

## Bildungspolitik im Spannungsfeld von Würde und Notwendigkeit

Bildungspolitik bewegt sich zwischen zwei grundsätzlichen Feldern. Auf der einen Seite muss sie die heutigen sozialen und arbeitsmarktpolitischen Gegebenheiten berücksichtigen, auf der anderen Seite hat sie das Individuum in seinem durch das Grundgesetz gewährleisteten Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit zu schützen. In der heutigen Zeit werden diese beiden Aufgabenstellungen häufig gegeneinander ausgespielt oder völlig unabhängig voneinander betrachtet oder sie befinden sich gar auf Kollisionskurs. Unsere Bildungsinstitutionen sind sich dieser Problematik häufig bewusst. Einerseits dienen Bildung und Ausbildung natürlich der Vorbereitung auf eine spätere berufliche Laufbahn. Andererseits geht es nicht, dass die Bildung und Ausbildung ausschließlich der „Verwertbarkeit des Menschen auf dem Arbeitsmarkt“ (Theodore Roszak) dient. Die Bildungspolitik muss bestrebt sein, die Brücke zwischen beiden Notwendigkeiten zu bauen und

auszubauen. Eine berufliche Qualifikation ist für die würdige Existenz eines Menschen heute von großer Bedeutung. So ist zum Beispiel das deutsche BQFG (Anerkennungsgesetz) ein wesentlicher Baustein der Anerkennungspraxis in Deutschland. Die Bundesländer sind dabei, ihre eigenen Landesanererkennungsgesetze auszuarbeiten und umzusetzen. Diese verschiedenen Landesgesetze müssen kompatibel gestaltet werden. Auf der anderen Seite gerät das Recht auf freie Entwicklung und Entfaltung der Persönlichkeit innerhalb der gesamten Bildung durch eine Überreglementierung unter Druck. In der Schullandschaft gibt es inzwischen verschiedene Konzepte und Projekte, die dieses Problem angehen (Gerald Hüther, Manfred Spitzer). Die konzeptionelle Übertragung dieser Versuche auf das Hochschulwesen oder gar die Berufsausbildung stehen noch weitgehend aus, sind hier auch wesentlich schwerer umzusetzen. „Der Mensch steht im Mittelpunkt der Bildung“ ist

eben nicht gleichbedeutend mit seiner oben genannten „Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt“. Über den Begriff der Arbeit schrieb Papst Johannes Paul II.: „Zweck der Arbeit, jeder vom Menschen verrichteten Arbeit – bleibt letztlich immer der Mensch selbst“. Das gilt genauso, wenn nicht noch mehr, für alle Bildung. Eine Bildung, die einen am Menschen orientierten ganzheitlichen Bildungsbegriff durch den reinen Qualifizierungsbegriff ersetzt, beschädigt letztlich den Menschen und seine Würde.

Und wie auch immer die sozialen und arbeitsmarktpolitischen Notwendigkeiten ausschauen, bleibt die „Würde des Menschen unantastbar“.



Arfst Wagner  
Bündnis 90/Die Grünen

Unterstütze die Europäische Bürgerinitiative  
für das bedingungslose Grundeinkommen

Ich habe mitgezeichnet, und Du?



MITZEICHNEN UNTER [www.basicincome2013.eu](http://www.basicincome2013.eu)

Ab sofort kannst du die Europäische Bürgerinitiative für ein Grundeinkommen unterzeichnen. Eine Bürgerinitiative muss von mindestens einer Million EU-Bürger\*innen aus mindestens 7 der 27 Mitgliedstaaten unterstützt werden. In jedem dieser 7 Mitgliedstaaten ist eine Mindestanzahl von

Unterstützer\*innen erforderlich. Für Deutschland sind dies 74250!

Weitere Informationen zum Thema Grundeinkommen findest du auf

[www.arfst-wagner.de](http://www.arfst-wagner.de).

### Büro Husum

Schückingstraße 8, 25813 Husum  
Telefon 04841 39 33  
[arfst.wagner@wk2.bundestag.de](mailto:arfst.wagner@wk2.bundestag.de)

### Wahlkreisbüro Flensburg

Angelburgerstraße 66, 24937 Flensburg  
Telefon 0461 505 380 13  
Telefax 0461 505 380 14  
[arfst.wagner@wk.bundestag.de](mailto:arfst.wagner@wk.bundestag.de)

### Büro Kiel

Jungmannstr. 50, 24105 Kiel  
Telefon 0431 557 82 62  
Telefax 0431 557 82 24  
[arfst.wagner.ma04@bundestag.de](mailto:arfst.wagner.ma04@bundestag.de)

### Berliner Büro

Platz der Republik 1, 10117 Berlin  
Telefon 030 227-71500  
Telefax 030 227-76063  
[arfst.wagner@bundestag.de](mailto:arfst.wagner@bundestag.de)

 [www.arfst-wagner.de](http://www.arfst-wagner.de)



Katrin Göring-Eckardt und Konstantin nach Probefahrt auf E-Bike

## Sozialpolitik: gemeinsam mit Katrin Göring-Eckardt auf Vor-Ort-Tour

Immer mehr schlecht bezahlte, unsichere Jobs, von denen sich kaum leben, geschweige denn fürs Alter vorsorgen lässt; immer mehr Menschen, denen aufgrund ihrer Herkunft, einer Beeinträchtigung oder nach Erziehungszeiten die Chance auf eine gute Ausbildung oder Beschäftigung verwehrt wird und in der Folge immer mehr Ältere, die nach einer unterbrochenen „Versicherungsbiographie“ in die Altersarmut zu rutschen drohen –

womit sie oft nicht nur die finanzielle Eigenständigkeit, sondern gleichsam an sozialer und kultureller Teilhabe in vielen Lebensbereichen verlieren. Wie kann der Weg aus diesem Szenario einer auseinander driftenden Gesellschaft aussehen, und zwar gerade auch

für die strukturschwächeren, ländlichen Regionen Schleswig-Holsteins? Mit diesen akuten Fragen im Gepäck reiste ich gemeinsam mit unserer Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt und zahlreichen grünen Kommunalos Ende April durch die

Kreise Lauenburg und Stormarn. Vor Ort sahen wir, wie soziale und ökologische Projekte mit engagierter Jugendarbeit, neuen Forschungsansätzen oder grünen Geschäftsideen faire Ausbildungs- und Arbeitsplätze schaffen.

Zum Beispiel bei einem Bückener Elektrorad-Hersteller: E-Bikes auf Öko-Strom-Basis sind gerade für Berufspendler oder ältere Menschen eine Mobilitätsalternative. Mittlerweile wurden mehr als eine Millionen Räder in Deutschland verkauft. Das bringt nicht nur was für einen sauberen, leisen Nahverkehr, sondern auch für Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der Region!

Immer mehr RadtouristInnen machen auf E-Bikes naturnahen Urlaub und übernachten dann auf Bio-Bauernhöfen. Die Öko-Landwirtschaft bietet aber noch viel mehr Chancen für den ländlichen Raum – das zeigte eine Diskussion im Thünen-Institut Trenthorst. Katrin sagte dort zum Abschluss: „Gerade Ökohöfe können auch soziale Höfe sein. Denn für Menschen mit Behinderungen bietet der Öko-Landbau oft Arbeit und Anerkennung, die ihnen woanders verwehrt

bleibt.“ Mit ähnlichen Problemen kämpfen auch Jugendliche im Ratzeburger Jugendtreff Gleis 21 – unserer dritten Besuchsstation. Immer noch haben Menschen nicht die gleichen Lebenschancen, nur weil sie oder ihre Familie aus einem anderen Land kommen. Gerade dann ist eine offene Jugendarbeit für eine frühe Förderung umso wichtiger: Denn verpasste Sprach- und Bildungsmöglichkeiten führen fast zwangsläufig zu schlecht bezahlten Jobs und diese wiederum zu Armut im Alter. Wir konnten erleben, wie dagegen durch gute haupt- und ehrenamtliche Sozial- und Jugendarbeit etwas aktiv gemacht werden kann. In Gesprächen mit den engagierten Jugendlichen wurde noch mal deutlich, wie dringend dieser Bereich eine noch stärkere politische Unterstützung braucht.

Mit diesen Praxiseinblicken ging es dann ins Wahlkreisbüro nach Mölln. Katrin diskutierte mit dem Sozialexperten Dr. Matthias Woisin (SoVD), dem grünen Kreistagsabgeordneten Klaus Tormählen und über 50 Gästen auf einem von mir moderierten Podium. Katrin zog am Ende Bilanz und sagte: „Die heutigen Projektbesuche zeigen, wie früh und umfassend wir der Altersarmut begegnen müssen. Das fängt bei guten Betreuungs- und Bildungsangeboten an und geht über einen inklusiven, ökologischen Arbeitsmarkt bis hin zur grünen Garantierente und einer altersgerechten Versorgung in den Kommunen.“

Euer Konstantin



Dr. Konstantin von Notz,  
Innen- und Netz-  
politischer Sprecher  
Bündnis 90/Die Grünen

Wahlkreisbüro von Notz  
Marktstraße 8, 23879 Mölln  
Telefon 04542 830700  
Telefax 04542 9854886  
Konstantin.notz@wk.bundestag.de

Berliner Büro  
Platz der Republik 1, 10117 Berlin  
Telefon 030 227-72122  
Telefax 030 227-76822  
konstantin.notz@bundestag.de

[www.von-notz.de](http://www.von-notz.de)



Bild: Benjamin Thorn/pixelio.de

## Mehr Ruhe

Wie wir Verkehrslärm reduzieren können. von Valerie Wilms

Lärm nervt. Wer heute an einer bestehenden lauten Straße oder Schienenstrecke wohnt, hat meistens einfach Pech gehabt. Über elf Millionen Menschen sind davon betroffen und neben der Luftverschmutzung ist Verkehrslärm der zweitgrößte Verursacher von Gesundheitsrisiken. Es ist klar: Wir müssen etwas ändern. Kernproblem ist der fehlende Anspruch auf Lärmschutz. Lärmsanierung gibt es nur als freiwillige Leistung im Rahmen der verfügbaren Bundeshaushaltsmittel und nur für Bundesfernstraßen und Schienenwege der DB AG – die meisten Probleme gibt es jedoch an Landes- und Gemeindestraßen.

Was können wir tun? Das Minimum muss der Gesundheitsschutz sein. 65 dB (A) tags und 55 dB (A) nachts für Gebiete mit Wohnnutzung sind eine sinnvolle Grenze. Diese Werte sind immer noch hoch und entsprechen etwa der Lautstärke eines Radios, aber sie sind eine deutliche Verbesserung gegenüber 80-90 dB (A), die heute an vielbefahrenen Straßen völlig „normal“ geworden sind. Wir müssen jedoch ehrlich sein: Für Schutz vor Lärm wird Blätterascheln nicht das Maß der

Dinge in einem modernen Industrieland sein können. Es wird immer einen gewissen Lärmpegel geben, aber wir müssen uns darum kümmern, dass nicht Millionen Menschen davon krank werden. Zur Umsetzung des Lärmschutzes müssen Betroffene zukünftig Anspruch auf Ausweisung eines Lärmsanierungsgebiets erhalten. Diese Gebiete sollen nach Dringlichkeit bearbeitet werden: Je höher das Maß der Lärmüberschreitung und je größer die Anzahl der Betroffenen, desto prioritärer die Umsetzung. In den Sanierungsgebieten müssen dann mit Bürgerbeteiligung Maßnahmen im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens erarbeitet werden. Lärm kostet unsere Gesellschaft jährlich 10 Milliarden Euro. Wenn wir etwa ein Drittel davon einmalig für Lärmschutz ausgeben, können wir die größten Probleme dauerhaft beseitigen und anschließend jedes Jahr sparen. Mit den heute verfügbaren Mitteln würde eine Sanierung der Straßen über 30 Jahre dauern. Das ist nicht akzeptabel. Nach der Bundestagswahl wollen wir die Mittel für die Straße auf 200 Mio. Euro vervierfachen, für die Schiene ebenfalls auf

200 Mio. Euro verdoppeln. Dazu müssen wir überlegen, welchen Beitrag die Länder leisten können. Die Länder werden einem Rechtsanspruch nur zustimmen, wenn sie bei den Kosten der Lärmsanierung finanziell unterstützt werden. Wir sollten deswegen die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern für eine Nachfolgeregelung zur Finanzierung der Verkehrsanlagen in den Gemeinden, das so genannte Entflechtungsgesetz, nutzen, um auch bei der Lärmsanierung voran zu kommen. Darüber hinaus kann ich mir gut eine Lärmkomponente innerhalb der Lkw-Maut oder einen sogenannten „Lärmcent“



Dr. Valerie Wilms  
Sprecherin für Bahnpolitik,  
Nachhaltigkeitsbeauftragte  
und Berichterstatterin für  
Maritime Politik  
Bündnis 90/Die Grünen

pro Liter Benzin oder Diesel vorstellen. Für einen durchschnittlichen

Autonutzer wären das jährliche Mehrkosten von etwa 8 Euro. Jeder kann überlegen, ob ihm das die Gesundheit von vielen wert ist. Die Lärmprobleme dürfen nicht mehr ignoriert werden. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass wir im Herbst regieren und die Umsetzung anpacken können.



Mehr Details unter dem QR-Code im Eckpunktepapier „Mehr Ruhe. Verkehrslärm wirksam reduzieren.“

Wahlkreisbüro Wilms  
Damm 48, 25421 Pinneberg  
Telefon 04101 553985  
Telefax 04101 553986  
valerie.wilms@wk.bundestag.de

Berliner Büro  
Platz der Republik 1, 10117 Berlin  
Telefon 030 227-71682  
Telefax 030 227-76289  
valerie.wilms@bundestag.de

[www.valerie-wilms.de](http://www.valerie-wilms.de)